
Gemeinsames Regieren, getrennte Rechnungen

Bürgerurteile über die Regierung Merkel II und Wahlverhalten 2013

Harald Schoen und Robert Greszki

1 Einleitung

Die Bundestagswahl 2013 sorgte für größere quantitative Verschiebungen als ihre Vorgängerinnen seit den fünfziger Jahren und erschütterte manche (vermeintliche) Gewissheit. Neben dem Aufstieg und Beinahe-Parlamentseinzug der eurokritischen Alternative für Deutschland (AfD) darf dabei das sehr ungleiche Abschneiden der Regierungsparteien als besonders bemerkenswert gelten. Die Unionsparteien konnten ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Wahl 2009 um 7,7 Prozentpunkte auf 41,5 Prozent steigern und damit erstmals seit 1994 wieder die 40-Prozentmarke überwinden, was vor der Wiedervereinigung lange als Selbstverständlichkeit galt. Die Liberalen hingegen stürzten von ihrem besten bundesrepublikanischen Wahlergebnis im Jahr 2009 um 9,8 Prozentpunkte ab und scheiterten mit 4,8 Prozent der gültigen Stimmen erstmals knapp an der Fünfprozenthürde (Bundeswahlleiter 2013). Machtpolitisch bedeutsam ist vor allem das knappe Scheitern der FDP am Wiedereinzug in den Bundestag, da es die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition unmöglich machte. Unabhängig von machtpolitischen Implikationen ist die eklatante Divergenz zwischen dem elektoralen Höhenflug der Unionsparteien und dem Absturz der FDP bemerkenswert, da Koalitionspartner in der bundesdeutschen Geschichte vorher noch nicht derart unterschiedliche Entwicklungen in der Wählergunst nahmen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich – noch eindringlicher als 2009, als die SPD dramatische Verluste hinnehmen musste, während die Unionsparteien lediglich kleinere Einbußen verbuchten – die Frage, wie gemeinsam regierende Parteien so unterschiedliche elektorale Entwicklungen nehmen können. Wahlverhalten spiegelt in gewissem Maße Bewertungen zurückliegender (Fehl-) Leistungen wider (z. B. Miller/Shanks 1996; Clarke et al. 2004: 50-78, 94-123; 2009). Folgt man dieser Lesart, kann eine Erklärung für divergente elektorale Entwicklungen darin

liegen, dass Bürger sich Urteile über die Regierungsarbeit bilden, aber nicht alle Koalitionspartner für das Handeln der Regierung verantwortlich machen (Bytzek 2012; Hobolt/Karp 2010; Schoen 2010). Bedenkt man die herausragende Rolle von Regierungschefs im politischen Geschehen, insbesondere in Zeiten europäischer Krisenpfeldiplomatie, in Wahlkämpfen und in der Medienberichterstattung, liegt die Vermutung nahe, dass Bürger bevorzugt die Partei des Regierungschefs mit dem Regierungshandeln in Verbindung bringen. Dementsprechend würden Urteile über die Regierungsleistung vorrangig die Wahlentscheidung für dessen Partei beeinflussen, nicht jedoch die Wahlentscheidung zugunsten anderer Koalitionspartner. Dieses Modell, das in Bezug auf das Abschneiden der Parteien der Großen Koalition bei der Wahl 2009 angewandt wurde (Bytzek 2012; Schoen 2010), fußt auf der Annahme, dass Bürger die Leistung der Regierungsparteien nicht separat beurteilen, zumindest aber bei der Wahlentscheidung auf summarische Regierungsbewertungen zurückgreifen. Diese Prämisse erscheint nicht sehr plausibel. Denn Bürger sind durchaus in der Lage politische Akteure, seien es Politiker oder Parteien, separat und differentiell zu bewerten. Wenn sie Koalitionsparteien gesondert bewerten, wäre es erklärungsbedürftig, weshalb sie bei der Wahlentscheidung auf summarische Urteile zurückgreifen sollten. Damit könnte man möglicherweise dann rechnen, wenn Parteien explizit einen Koalitionswahlkampf führten, um ihr Regierungsbündnis fortsetzen zu können. Von einer zwischen CDU, CSU und FDP wohlhabend gestimmten Koalitionskampagne kann in Bezug auf das Jahr 2013 sicherlich nicht die Rede sein. Wir vermuten daher, dass bei der Bundestagswahl 2013 Bürger parteispezifische Urteile über die Regierungsleistung gebildet hatten und diese in ihre Wahlentscheidung einfließen ließen. In dieser Vorstellung kann jede Regierungspartei damit rechnen von Wählern für (wahrgenommene) Leistungen und Fehler belohnt bzw. bestraft zu werden. Sie hätten also nicht nur einen Anreiz zu einer insgesamt als gut wahrgenommenen Regierungsleistung, sondern dazu, je für sich eine Leistung zu erbringen, die von Bürgern goutiert wird. Daraus könnten sie auch folgern, weniger auf den Gesamterfolg der Regierung zu achten, sondern ihr Heil in Eigenprofilierung, und zwar durchaus auf Kosten der Koalitionspartner, zu suchen.

Im vorliegenden Beitrag betrachten wir daher die Urteile der Bürger über die Arbeit der zweiten Regierung Merkel. Zunächst zeichnen wir die Entwicklung der Bürgerurteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien im Verlauf der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags nach und analysieren die Bestimmungsgrößen dieser Urteile kurz vor der Wahl 2013. Anschließend wenden wir uns der Wirkung von generalisierten und parteispezifischen Urteilen über die Regierungsleistung auf das Wahlverhalten bei der Wahl zum 18. Deutschen

Bundestag zu. Abschließend fassen wir zentrale Befunde unserer Untersuchung zusammen und diskutieren diese.

2 Die Regierung Merkel II im Spiegel der öffentlichen Meinung

Die christlich-liberale Koalition unter Angela Merkel nahm im Herbst 2009 rasch ihre Arbeit auf. Die Koalitionsverhandlungen dauerten bis zum 24. Oktober 2009 an. Viereinhalb Wochen nach der Bundestagswahl wählte der Bundestag Angela Merkel mit Kanzlermehrheit, wenngleich nicht mit allen Stimmen aus den Reihen der Koalitionsfraktionen, wieder zur Kanzlerin. So konnte das zweite Kabinett Merkel im Oktober 2009 vereidigt werden und seine Arbeit aufnehmen. Auf den ersten Blick ein reibungsloser Start, wie man es bei einem Bündnis erwarten konnte, das bereits Jahre zuvor als „Wunschkoalition“ titulierte worden war und die Möglichkeit zum „Durchregieren“ – so die zeitgenössischen Termini – hatte.

Tatsächlich misslang der neuen Regierung jedoch der Start. Rasch geriet sie in der Öffentlichkeit in den Ruch, Parteispenden mit Policy-Entscheidungen zu entgelten („Mövenpick-Affäre“) und erweckte weniger den Eindruck eines eingespielten Regierungsbündnisses als einer zerstrittenen Schar von Einzelakteuren („Gurkentruppe“). So ist es nicht verwunderlich, dass das in Meinungsumfragen gemessene öffentliche Ansehen der Bundesregierung rapide sank. Wie die Ergebnisse der regelmäßigen Politbarometer-Befragungen in Abbildung 1 zeigen, wurde die Leistung der Regierung ab Beginn des Jahres 2010 negativ bewertet. In der Mitte dieses Jahres erreichte das Ansehen der Regierung seinen Tiefpunkt bei einer deutlich negativen durchschnittlichen Bewertung von etwa -0,3 auf einer -1 bis +1 reichenden Skala (siehe Abbildung 1).

Im Laufe der Legislaturperiode stieg die mittlere Zufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung wieder merklich an. Über alle politischen Kehrtwenden – man denke an den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie und den eiligen Einstieg in die „Energiewende“ nach dem Atomunfall in Fukushima –, Skandale – erinnert sei an den tiefen Fall von Karl-Theodor zu Guttenberg – und immer neuen Bemühungen, Symptomen und Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise Herr zu werden, hinweg, gewann die Regierung allmählich an öffentlichem Ansehen zurück. Anfang 2012 war die mittlere Zufriedenheit mit der Performanz der Regierung wieder bei dem neutralen Wert angekommen. In den Jahren 2012 und 2013 stieg die mittlere Zufriedenheit weiter leicht an, so dass die Bundesregierung am Ende der Legislaturperiode besser bewertet wurde als zu ihrem Amtsantritt.

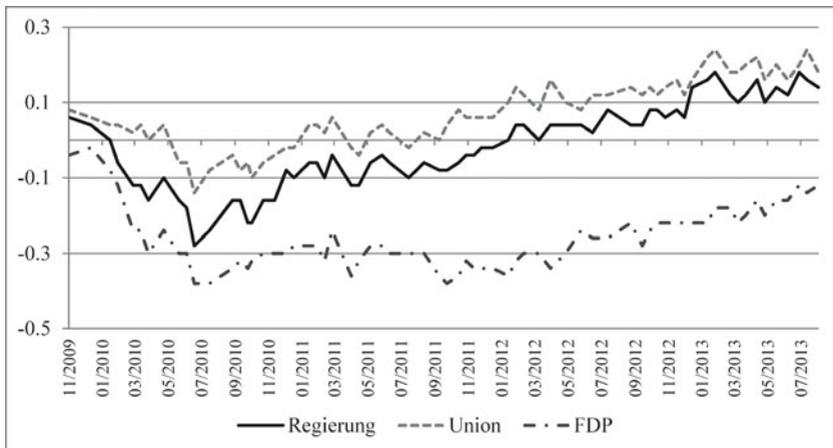


Abb. 1 Mittlere Zufriedenheit mit der Bundesregierung und den Regierungsparteien, November 2009 bis August 2013 (Wertebereich: -1 bis +1)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer (67 Messzeitpunkte). „Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP eher zufrieden oder eher unzufrieden? Bitte beschreiben Sie es wieder mit dem Thermometer von plus 5 bis minus 5. „Plus 5“ bedeutet, dass Sie mit den Leistungen der Regierung voll und ganz zufrieden sind. „Minus 5“ bedeutet, dass Sie mit den Leistungen der Regierung vollständig unzufrieden sind. Auch hier können Sie mit den Werten dazwischen Ihre Meinung abgestuft sagen. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie also mit den Leistungen... – der Bundesregierung aus CDU/ CSU u. FDP?, – der CDU/CSU in der Regierung?, – der FDP in der Regierung?“

Entspricht dieses Muster gängigen Befunden zur zyklischen Entwicklung der Regierungspopularität (siehe dazu Dinkel 1977; Burkhart 2005), so fügen sich die Ergebnisse zur parteispezifischen Zufriedenheit nur bedingt in diese Interpretation ein. Bereits zu Beginn der Amtszeit waren die Bürger mit der Arbeit der Unionsparteien zufriedener als mit der Regierung insgesamt, während sie die Arbeit der FDP in der Bundesregierung deutlich schlechter bewerteten. In der Folgezeit entwickelte sich das Ansehen der Regierungsparteien auf unterschiedlichen Niveaus zunächst praktisch parallel. Als im Jahr 2011 die Bundesregierung allmählich wieder an Ansehen zu gewinnen begann, entwickelten sich die durchschnittlichen Bewertungen der Koalitionspartner auseinander. Während die Unionsparteien ebenfalls einen Ansehensgewinn verbuchen konnten, verharrte die FDP bei ihrer schlechten Bewertung, worin vermutlich unter anderem die andauernden Personalquerelen in der Partei ihren Niederschlag fanden. Zwischen Bundesregierung und Unions-

parteien einerseits und der FDP andererseits öffnete sich so allmählich eine Kluft im öffentlichen Ansehen. Zeitweise lagen zwischen beiden Koalitionspartnern auf der Zufriedenheitsskala 0,5 Punkte, was einem Viertel der von -1 bis +1 reichenden Bewertungsskala entspricht und eine tiefe Ansehenskluff anzeigt. Erst gegen Ende der Legislaturperiode wurde die Kluft wieder kleiner und schrumpfte auf rund 0,3 Punkte. Aber selbst das ist eine deutliche Diskrepanz, die darauf hindeutet, dass die Deutschen die Regierungsparteien differenziert wahrnahmen.

Die Entwicklung der mittleren Bewertungen im Laufe der Legislaturperiode legt zwei Folgerungen nahe. Zum einen ähneln die Urteile über die Regierung den Bewertungen der Unionsparteien wesentlich stärker als jenen der FDP. Dieser Befund steht in Einklang mit der Vermutung, dass die Partei des Regierungschefs in der öffentlichen Wahrnehmung das Bild von der Regierung wesentlich prägt und primär für die Regierungsleistung verantwortlich gemacht wird. Zum anderen schnitt die Union im Urteil der Bürger wesentlich besser ab als die FDP. Diesen Unterschied kann man auf generelle Unterschiede im Erscheinungsbild der Koalitionspartner zurückführen, aber auch damit in Verbindung bringen, dass positive und negative Leistungen der Regierung ungleichmäßig bei den Koalitionspartnern verbucht wurden. Dabei kann man nur darüber spekulieren, inwieweit der präsidentiale Regierungsstil der Kanzlerin und ihre regelmäßigen Auftritte als Vertreterin deutscher Interessen auf internationalen Gipfeln zu dem vorteilhaften Eindruck von der Union in der Regierung beitrugen.

Nachdem wir die Entwicklung im Verlauf der Legislaturperiode nachgezeichnet haben, wollen wir nun die Urteile über die Regierung und die Regierungsparteien bei der Bundestagswahl 2013 genauer analysieren. Dazu greifen wir auf Daten aus einer im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundeswahl 2013 durchgeführten Online-Befragung zurück.¹ Die Auswahlgesamtheit bildeten die über 17-jährigen Mitglieder eines offline via RDD rekrutierten Online-Panels mit deutscher Staatsangehörigkeit. Der Datensatz umfasst 1.012 Befragte und wurde vom 6. September bis zum 21. September 2013 erhoben. Bei der Auswahl der Befragten wurde mittels Quotierung darauf geachtet, die Zusammensetzung

1 Die Daten, die in diesem Beitrag verwendet werden, wurden von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zugänglich gemacht. Die Daten der Online-Umfrage wurden im Vorfeld der German Longitudinal Election Study (Komponente 8: Langzeit-Online-Tracking) erhoben von Prof. Dr. Hans Rattinger (Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim), Prof. Dr. Bernhard Weißels (Wissenschaftszentrum Berlin) und Prof. Dr. Christof Wolf (GESIS). Sie wurden von GESIS für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die genannten Personen noch die Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

der Stichprobe im Hinblick auf Geschlecht, Alter und formale Bildung an jene der wahlberechtigten Bevölkerung anzunähern. Auf diese Weise sollen einerseits für telefonische Rekrutierung übliche Verzerrungen sowie für Onlinebefragungen typische Stichprobenprobleme reduziert werden (z. B. Faas/Schoen 2009). Trotz der Offline-Rekrutierung der Teilnehmer für das Online-Panel können systematische Verzerrungen bei der Befragtenauswahl nicht ausgeschlossen werden, da unter anderem der Zugang zum World Wide Web eine Voraussetzung zur Panelteilnahme ist. Auf dieser Basis gewonnene Ergebnisse können daher nicht ohne weiteres auf das gesamte Elektorat verallgemeinert werden.

In einem ersten deskriptiven Schritt betrachten wir die generelle Zufriedenheit mit der Bundesregierung sowie mit deren Leistung im Umgang mit der europäischen Schuldenkrise. Darüber hinaus liegen uns Informationen über die Zufriedenheit mit der Leistung der drei Regierungsparteien CDU, CSU und FDP vor. Die im linken Teil von Abbildung 2 zusammengestellten Ergebnisse zeigen, dass die Leistung der Bundesregierung auf einer von -1 bis +1 reichenden Skala im Durchschnitt praktisch neutral – und damit etwas schlechter als in den Politbarometerdaten² – beurteilt wurde. Die Leistung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Schuldenkrise bewerten die Befragten etwas schlechter. Wie über weite Strecken der Legislaturperiode bereits erkennbar, unterscheiden die Befragten deutlich zwischen den drei Regierungsparteien. Die CDU wird im Durchschnitt deutlich besser bewertet als die Regierung insgesamt, die beiden anderen Regierungsparteien hingegen deutlich schlechter. Die CSU erhält eine leicht negative Bewertung, während die FDP von den Befragten ausgesprochen kritisch beurteilt wird. Offenbar beurteilen Bürger auch CDU und CSU recht unterschiedlich: Die CDU wird, wie die Union in den Politbarometerdaten, besser bewertet als die Bundesregierung, die CSU hingegen schlechter. Das deutet darauf hin, dass in summarische Urteile über die Union stärker Eindrücke von der CDU als von der CSU einfließen.

Im rechten Teil von Abbildung 2 ist zu erkennen, dass Urteile über die Leistung der Bundesregierung und der Regierungsparteien in erheblichem Maße von Parteibindungen (z. B. Falter et al. 2000; Greene 1999; Lodge/Taber 2013) vorgeprägt sind. Anhänger der Unionsparteien und der FDP bewerten die Leistungen der Bundesregierung und der Regierungsparteien überdurchschnittlich gut. Spiegelbildlich dazu geben Anhänger von SPD und Grünen deutlich negativere Urteile

2 Die Abweichung zwischen den Politbarometer-Ergebnissen und den Befunden aus der hier verwendeten Online-Befragung sind zu einem Teil auf den im Vergleich zum Bevölkerungsquerschnitt zu niedrigen Anteil von Unionsanhängern bzw. -wählern zurückzuführen. In den folgenden Analysen wird auf eine entsprechende Umgewichtung der Daten verzichtet, da sie zwar die Randverteilungen verändert, aber die wesentlichen Befunde zu Zusammenhängen unberührt lässt.

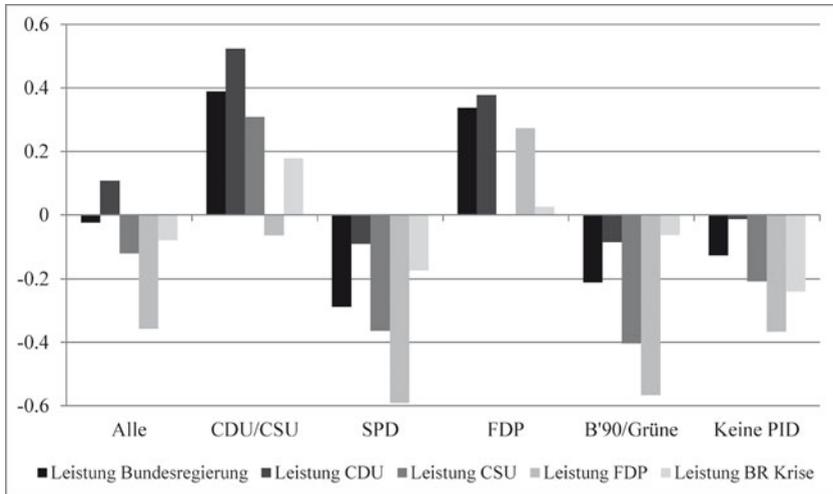


Abb. 2 Mittlere Zufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung, den Regierungsparteien und der Leistung der Bundesregierung bei der Schuldenkrise (auf einer Skala von -1 bis +1)

als die Gesamtstichprobe, erst recht aber als Anhänger der Regierungsparteien. Besonders stark ist die Polarisierung entlang von Parteilinien bei den Urteilen über die FDP-Leistung ausgeprägt, die SPD- und Grünen-Anhängern um beinahe einen Skaleneinheit schlechter bewerten als die FDP-Anhänger.

Der Parteipolarisierung sind aber auch Grenzen gesetzt. Bemerkenswert sind hier vor allem zwei Befunde. Zum einen spielen Parteibindungen bei Urteilen über die Leistung der Bundesregierung in der Schuldenkrise eine vergleichsweise kleine Rolle. Darin dürfte die Tatsache ihren Niederschlag finden, dass die Bundesregierung in diesen Fragen häufig in Übereinstimmung mit einem großen Teil der parlamentarischen Opposition handelte.³ Zum anderen fällt ins Auge, dass sich Anhänger von SPD und Grünen in ihren Urteilen über die CDU, also die größte Regierungspartei, nicht von den Personen ohne Parteibindung unterscheiden. Das ist erstaunlich und deutet darauf hin, dass es der CDU gelungen ist, mit ihrer

3 Diesen Eindruck unterstreichen die relativ niedrigen Korrelationen zwischen den auf die Schuldenkrise bezogenen Urteilen und den generalisierten Urteilen über die Regierung (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Regierungsarbeit und der Kanzlerin⁴ auch für Anhänger des „rot-grünen Lagers“ durchaus akzeptabel zu erscheinen. SPD und Grünen erleichterte diese geringe Polarisierung die Zuspitzung im Wahlkampf und damit die Mobilisierung nicht. Für die Union, und vor allem die CDU, dürfte sich aus dieser Konfiguration, die mit dem präsidialen Stil der Regierungschefin und dem programmatischen Wandel der CDU, man denke an die Energie- und die Familienpolitik, zusammenhängen könnte, ein Potential für Stimmengewinne ergeben haben. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Performanzurteile das Wahlverhalten überhaupt beeinflussen.

3 Retrospektive Leistungsbewertungen und Wahlverhalten

Die Deutschen hatten sich vor der Wahl 2013, wie die vorausgegangene Analyse zeigt, durchaus differenzierte Urteile über die Arbeit der christlich-liberalen Koalition gebildet. Diese Urteile konnten sie nutzen, um mit der Wahlentscheidung ein bilanzierendes Votum über die Arbeit der zweiten Regierung Merkel abzugeben. Sie hätten also – je nach Wahrnehmung – gute Leistungen belohnen oder Fehlleistungen bestrafen können. Retrospektives Wahlverhalten dieser Art kann aus demokratietheoretischer Sicht als funktional gelten. Denn es bietet Amtsinhabern gewisse Anreize dazu, bei ihrem Handeln nicht zu vergessen, dass sie letztlich von den Wahlberechtigten zur Verantwortung gezogen werden können (Key 1966; Fiorina 1981).

Mag es auch aus bestimmten demokratischen Perspektiven wünschenswert sein, so ist diese Form retrospektiven Wählens nicht selbstverständlich. Wahlberechtigte können Urteile über die Regierungsleistung nur dann sinnvoll bei ihrer Wahlentscheidung nutzen, wenn sie erkennen, dass bestimmte Akteure, die zur Wahl stehen, mit der Regierungsbilanz in Verbindung gebracht werden können. Parteien, als auf Dauer gestellte korporative Akteure, erleichtern das. Bei der Bundestagswahl 2013 herrschte sogar personelle Kontinuität, da das Spitzenpersonal der Regierungsparteien in den Wahlkampf zog. Gleichwohl garantiert eine solche Konstellation nicht, dass Urteile über die Regierung das Stimmverhalten zugunsten aller Regierungsparteien gleichermaßen beeinflussen. Gerade in Koalitionsregierungen können die beteiligten Parteien von Bürgern in unterschiedlichem Maße als einflussreich in der Regierung und verantwortlich für das Regierungshandeln

4 Strukturell ähnliche Ergebnisse resultieren für die Bewertung von Angela Merkel (nicht tabellarisch ausgewiesen).

wahrgenommen werden. So wurde die Große Koalition unter Angela Merkel von den Bürgern als vorwiegend von den Unionsparteien geprägt wahrgenommen und Urteile über die Große Koalition beeinflussten 2009 die Entscheidung für die Union, nicht jedoch für die SPD (Bytzek 2012; Schoen 2010). Die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Ergebnisse deuten darauf hin, dass vor der Wahl 2013 die Bundesregierung von den Bürgern sehr stark mit den Unionsparteien, zuvorderst der CDU und in geringerem Maße mit der FDP, assoziiert wurde. Das könnte dafür sprechen, dass im Jahr 2013 die Bewertung der Bundesregierung in erster Linie oder gar ausschließlich die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien beeinflusste.

Aus Sicht der FDP würde das bedeuten, dass sie von der insgesamt eher positiven Bewertung der Bundesregierung nicht profitieren könnte. Sie würde also nicht besser abschneiden nur aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung. Es würde aber auch bedeuten, dass die FDP an der Wahlurne nicht unter der – wie oben dargestellt – schlechten Bewertung ihrer Regierungsarbeit zu leiden hätte. Dieses Ergebnis wäre für die FDP vermutlich politisch opportun, ist aber nicht sehr plausibel. Bürger mögen bei der Bewertung von Koalitionspartnern infolge knapper Informationen und mangelnder Motivation sowie strategischer Kommunikation auf Elitenseite generalisieren. Wenn sie jedoch – wie im vorliegenden Fall – parteienspezifische retrospektive Bewertungen entwickelt haben, dürften sie nur unter besonderen Bedingungen – etwa unter dem Eindruck eines Koalitionswahlkampfes – bei der Wahlentscheidung ausschließlich auf generalisierte Urteile über die Regierungsarbeit zurückgreifen.⁵ Politisch gewendet heißt das, dass nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung dominante Koalitionspartner für die Regierungsleistung belohnt oder bestraft werden können. Vielmehr stehen alle Regierungsparteien in der Pflicht und zwar vor allem für die ihnen individuell zugeschriebene Leistung.

Um diese Vermutungen zu prüfen, wurden verschiedene Analysen durchgeführt. Zum einen wurde geprüft, inwieweit generalisierte Urteile über die Arbeit der Bundesregierung die Wahlentscheidung 2013 beeinflussten. Entsprechend dem Forschungsstand und den Bürgerperzeptionen vor der Wahl 2013 ist damit zu rechnen, dass diese Urteile in erster Linie oder ausschließlich die Unionswahl beeinflussten. Dieser Argumentation folgend, ist auch für die Bewertung der Regierungsleistung in Bezug auf die europäische Schuldenkrise ein Effekt auf die Unionswahl plausibler als auf die FDP-Wahl. Allerdings kann man nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass diese themenspezifischen Bewertungen der Regierungsleistung das

5 Auf Parteien oder Regierungskoalitionen bezogene Leistungsbewertungen können unter anderem vermittelt über Koalitionspräferenzen in die Wahlentscheidung einfließen (siehe zu dieser Diskussion etwa Hobolt/Karp (2010)). Dabei können partei- und koalitionsbezogene retro- und prospektive Urteile auch unter Berücksichtigung verschiedener taktischer Überlegungen wirksam werden (z. B. Kedar 2005a, 2005b).

Wahlverhalten überhaupt beeinflussten. Setzte doch ein im gesamten Elektorat erkennbarer Effekt voraus, dass für eine hinreichend große Zahl von Stimmbürgern diese Leistungsdimension salient war (Campbell et al. 1960: 169-171). Auch wenn die Schuldenkrise die Legislaturperiode und die Wahl überschattete, war dieser komplexe und komplizierte Gegenstand in der Wahlkampfkommunikation wenig präsent. Daher könnte diese themenspezifische Bewertung der Regierungsleistung ohne Wirkung auf das Wahlverhalten geblieben sein.

Zum anderen wurden die parteispezifischen Leistungsbewertungen als Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung betrachtet. Diese Analyse erlaubt es zu prüfen, ob die recht unterschiedlichen Bewertungen der drei Regierungsparteien die Wahlentscheidung eigenständig beeinflussten. Insbesondere kann die Vermutung geprüft werden, dass Wirkungen parteispezifischer Leistungsbewertungen unterschiedlichen Mustern folgen. Nimmt man einen moderaten koalitionsinternen elektoralen Wettbewerb an, sollten FDP-bezogene Bewertungen vor allem das Wahlverhalten zugunsten der FDP beeinflussen, während CDU- und CSU-bezogene Retrospektivurteile in erster Linie auf die Wahl der beiden Unionsparteien wirken sollten. Unterstellt man scharfe koalitionsinterne Konkurrenz, würden vorteilhafte Urteile über die FDP die Wahl zugunsten dieser wahrscheinlicher werden lassen, die Unionswahl hingegen weniger wahrscheinlicher; für Bewertungen der Performanz von CDU und CSU sollten spiegelbildliche Muster resultieren.

Um Einflüsse generalisierter, themen- und parteispezifischer Leistungsbeurteilungen zu untersuchen, wurden diese Merkmale als unabhängige Variable in multinomiale logistische Regressionsmodelle aufgenommen. Als abhängige Variable diente die Wahlentscheidung, wobei zwischen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Alternative für Deutschland (AfD) unterschieden wurde und die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien als Referenzkategorie definiert wurde (siehe zu dieser und den folgenden Operationalisierungen den Anhang). Um zu vermeiden, dass Einflüsse der in der vorliegenden Analyse zentralen Prädiktorvariablen überschätzt werden, wurde eine Reihe von Merkmalen als Kontrollvariablen berücksichtigt. Dabei handelt es sich um Merkmale, die Bewertungen der Regierungsperformanz und das Wahlverhalten beeinflussen können. Im Einzelnen haben wir Parteibindungen (Falter et al. 2000) und die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, mit der ideologische Vorstellungen abgebildet werden sollen, berücksichtigt. Allerdings kann man nicht selbstverständlich davon ausgehen, dass damit alle relevanten Grundorientierungen bei allen Bürgern in gleicher Weise abgebildet werden (z. B. Jagodzinski/Kühnel 1994; Trüdinger/Bollow 2011). Daher verwenden wir neben diesem generischen Maß Indikatoren für spezifische politische Grundorientierungen. Insbesondere berücksichtigen wir Haltungen zu Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur Gesellschaftspolitik, die im vorliegenden



<http://www.springer.com/978-3-658-05212-6>

Politik im Schatten der Krise

Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013

Zohlnhöfer, R.; Saalfeld, Th. (Hrsg.)

2015, VIII, 639 S. 20 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05212-6